Nr. 57a
XXVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
1. Februar 1899

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

9. Sitzung vom 31. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein und Kommissare.

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf zur Ergänzung der Gesetze betreffend die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstückstheilungen und die Gründung neuer Ansiedelungen.

Die Fortsetzung der **Etatsberathung** erfolgt bei dem Titel **„Ministergehalt“.**

Abg. **Gamp** (freik.):

Dem Abg. Ehlers spreche ich unseren Dank aus für seine sachliche Behandlung der landwirthschaftlichen Fragen. Er hat ganz Recht, daß man hier nicht vom einseitigen Fraktionsstandpunkt urtheilen darf. In keinem Lande der Welt könnte es passiren, daß man als reaktionärer Agrarier verschrieen wird, wenn man die Landwirthschaft in sachgemäßer Weise vertritt. Unser Fleischschaugesetz sollte sich das schon seit zehn Jahren bestehende englische Fleischschaugesetz zum Muster nehmen. Die Beschwerden der anderen Staaten würden sehr bald verstummen, wenn sie wissen, daß ein solches Gesetz nur durch den Reichstag aufgehoben werden kann, und nicht durch einen einfachen Federstrich des Reichskanzlers. Auch die gestrige Rede des Abg. Crüger war sehr maßvoll. Er erkannte vollkommen an, daß die Kornhäuser auch anderweitige Geschäfte treiben dürfen. Wenn er aber meinte, daß die Silos der Staatsaufsicht unterliegen, weil sie staatlich subventionirt werden, so kann ich ihm darin nicht zustimmen. Durch die Silos wird vor allem eine bessere Verwerthung des einheimischen Getreides ermöglicht, indem oft erst durch Mischung mit ausländischem Getreide brauchbare Waare hergestellt wird. Die Ergebnisse der landwirthschaftlichen Versuchsstationen müssen nicht in den Akten des Ministeriums liegen bleiben; es giebt viele Zeitungen, die mit Vergnügen solche Mittheilungen abdrucken würden. Die Zurückstellung des Wassergesetzes billige ich; aber damit, daß eine einzelne Materie, die Verunreinigung der Gewässer, auf dem Verwaltungswege geregelt werden soll, bin ich nicht einverstanden. Damit kann eine blühende Industrie aufs Schwerste geschädigt werden. Man verdächtigt die Landwirthschaft nach den verschiedensten Richtungen, als ob sie Pumpgenossenschaften bilde und dergleichen. Aber damit verdächtigt man die Lehrer!

Landwirthschaftsminister Freiherr **v. Hammerstein:**

Der Entwurf des Wasserrechts ist Gegenstand der eingehendsten Untersuchung aller dabei in Betracht kommenden Faktoren. Er wird dem Hause rechtzeitig vorgelegt und einer umfassenden Kritik unterworfen werden. Die Verunreinigung der Flüsse läßt sich auf dem Verwaltungswege leichter abstellen, als wenn man auf die Reichsgesetzgebung wartet.

Regierungskommissar Geh. Rath **Müller:**

Wir sind gern bereit, den Anregungen des Abg. Gamp auf Beförderung einzelner Zweige der Landwirthschaft zu folgen. Da die Fonds aber noch nicht so reichlich sind, wie wir wünschten, halten wir es für besser, wenn wir die Mittel nicht zersplittern. So gehen wir mit der Anlage von Musterwirthschaften vorsichtig vor und vertheilen ebenso die Mittel zur Förderung des Obstbaues auf Anlagen, wo wir einen besonderen Erfolg erwarten. Dem Flachsbau widmet die Regierung eine ausgiebige Fürsorge.

Abg. **v. Mendel-Steinfels** (kons.):

Meine Partei behält sich vor, bei der dritten Berathung des Etats eine Erhöhung der Mittel für Landeskulturzwecke zu verlangen. Für sehr wichtig erachte ich es, die Intelligenz der Hausfrauen im bäuerlichen Stande zu heben, sie in rationellen Methoden der Viehfütterung, Butterbereitung, Geflügelzucht und dergleichen zu unterrichten. Es wird sich also um eine zweckentsprechende Ausgestaltung der Haushaltungsschulen auf dem Lande handeln. Die Resultate der wirthschaftlichen Erfahrungen in den Versuchsstationen müssen besser bekannt gemacht werden. Wir haben in Sachsen eingehende Versuche mit der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche gemacht und zufriedenstellende Resultate erreicht. Ueber das Fleischschaugesetz wollte ich heute noch nicht sprechen, aber so viel will ich sagen: daß wir mit dem Gesetz der ländlichen Bevölkerung eine schwere Last auflegen, weiß ich genau. Wir erwarten aber auch, daß das ausländische Fleisch genau so streng und scharf behandelt wird. Denn was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig. Beim Obstbau wird jetzt mit theuren Mitteln gegen die Schädlinge operirt, dabei tauchen allerlei Geheimmittel auf, die hauptsächlich von den kleinen Besitzern gekauft werden; ich bitte den Minister, dagegen einzuschreiten. Ich bitte ferner, an der Hochschule in Charlottenburg einen Lehrstuhl für Kulturtechnik einzurichten, denn es ist wünschenswerth, daß die Beamten etwas von Wasserkulturtechnik verstehen. Der heutige Grenzschutz geht nicht über das unbedingt erforderliche Maß hinaus, ich hoffe, der Minister wird daran festhalten. Ich stehe nicht an, von einer Noth der Fleischer zu sprechen, eine Unmasse von gefärbter amerikanischer Wurst macht ihnen auf dem Markt Konkurrenz. In manchen Städten besteht noch eine Fleischsteuer, Breslau allein nimmt vom Fleisch jährlich noch 1,400,000 Mark ein. Die Gefährdung der Zuckerindustrie gebe ich völlig zu; sie kann nur durch Aufhebung der Konsumsteuer beseitigt werden. Man pflegt es in der gegnerischen Presse so darzustellen, als ob die deutsche Industrie ganz besonders bevorzugt sei, man nennt die Exportprämie eine Liebesgabe, Sie ist in allen anderen Staaten höher, sie beträgt in Oesterreich 4,31, in Frankreich 11,78, in Rußland 14,84 M. pro Doppelcentner. Die Gefährdung durch die amerikanische Konkurrenz ist wahrscheinlich näher und großer ist die Gefahr, die uns von Rußland droht. In der Beurtheilung des Genossenschaftswesens stimme ich im Großen und Ganzen dem Herrn Crüger zu; ich bin überzeugt von der gesunden Kraft der ländlichen Genossenschaften, die sich in dem jährlichen Geldumschlag darstellt. Leider ist Dr. Crüger über die Kornhausgenossenschaften schlechter unterrichtet; die Zeitungsnachrichten darüber sind falsch oder unrichtig gewesen. Die Hallesche Kornhausgenossenschaft hat nichts zu verschweigen; wir haben durchaus satzungsgemäß gehandelt. Den Liebesgaben kann hier nicht die Rede sein; denn wir müssen für die Staatsunterstützung 3 Prozent Zinsen bezahlen und außerdem noch 2 Prozent für Verwaltungsaufsichtskosten. Mit den jüngsten Spesen kommen 6 Prozent heraus. (Hört, hört!) Ich lade Herrn Crüger ein, uns zu besuchen und sich zu überzeugen, schon aus dem Grunde, weil er dann von der Unbegründetheit der Zeitungsanschuldigungen sich überzeugt. Düngemittel haben wir nicht vertrieben. Mit Nichtmitgliedern haben wir seit dem 9. Juli keine Geschäfte gemacht. Vorher ist es einmal vorgekommen; unser Geschäftsführer hat deswegen 200 Mark Konventionalstrafe zahlen müssen. Sonst hat höchstens einmal Jemand, der Mitglied werden wollte, den Versuch mit Geschäften gemacht; bis auf Einen sind Alle Mitglieder geworden. Wir haben Anhaltiner zugelassen, weil sie mit unserer Gegend wirthschaftliche enge Verbindungen haben. Ich lade Herrn Crüger ein, am 2. Februar mit nach Beyendorf zu reisen, dann werde ich dort ein Kornhaus errichten. Die Handelskammern können mit den Landwirthschaftskammern nicht auf eine Stufe gestellt werden. Denn unsere Landwirthschaftskammer hat es mit 84,000 Betrieben zu thun; sie muß gelegentlich helfend hier und da eingreifen. Im Statut steht ausdrücklich, daß sie die Geschäfte des Centralvereins übernehmen darf. Daß es mit unseren Bestrebungen gut steht, möge daraus ersehen werden, daß die Genossenschaften von Sachsen 100 Millionen umgeschlagen haben. Eigene Betriebe werden von den Landwirthschaftskammern nicht geleitet. Die Versuchsstätte Lauchstedt, die heute der Kontrole der Kammer untersteht, ist vom Landwirthschaftsminister errichtet und verfolgt rein wissenschaftliche Zwecke, wie Beobachtungen über die Pflanzennahrung. Düngerverwerthung u. s. w. Ihre Ergebnisse dürfen freilich nicht auf andere Provinzen übertragen werden. (Beifall.)

Landwirthschaftsminister Freiherr **v. Hammerstein:**

Der Abg. v. Mendel-Steinfels meinte, die Mittel, die zur Förderung der Landwirthschaft eingestellt sind, wären zu gering. Da er aber das nicht näher begründet hat, so kann ich die Antwort wohl meinem Kollegen, dem Herrn Finanzminister, überlassen. (Heiterkeit.) Der Finanzminister ist bereit, der Landwirthschaftsverwaltung entgegenzukommen, so weit die Mittel des Staates reichen, nachdem die außerordentlichen Ausgaben für Verbesserung der Beamtengehälter und so weiter hinter uns liegen. Allerdings hat der Finanzminister es abgelehnt, Mittel für landwirthschaftliche Haushaltsschulen einzustellen, indem er mit Recht auf die große Tragweite einer solchen Bewilligung hinwies, da dann auch andere Produktionszweige Unterstützungen für solche Zwecke verlangen könnten. Ich mache übrigens darauf aufmerksam, daß nicht allein die Staatsverwaltung, sondern ebenso sehr die Provinzialverwaltungen der Kreise Verpflichtungen haben, wo es sich um Landeskulturzwecke handelt. Auf die Fleischnoth gehe ich nicht ein, das habe ich im Reichstage gethan. Das Examen der Kulturtechniker und Wassertechniker ist allerdings reformbedürftig, es schweben auch Verhandlungen. In der Zuckerfrage habe ich gestern bereits Mittheilungen gemacht; es ist mir nicht unbekannt, daß Rußland auch in der Zuckerexzeugung in die Reihe der Kulturstaaten eintreten will. Ueber gewisse Geschäftsgebarungen der ländlichen Genossenschaften, der Kornlagerhäuser und auch der Landwirthschaftskammern sind Beschwerden aus Handelskreisen beim Ministerium eingegangen. Es schweben Verhandlungen zwischen dem Handelsminister und mir, die zu einer völligen Einigung noch nicht geführt haben. Ich meine, es wäre zweckmäßig, diese Frage heute auszuscheiden. (Zustimmung.)

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Es ist ein eigenthümliches Schauspiel! Von der Linken werde ich ein Agrarier gescholten, und die Rechte beschwert sich, daß ich der Landwirthschaft zu viel abnehme. Der Finanzminister muß versuchen, die Bedürfnisse der einzelnen Ressorts möglichst auszugleichen. Die Landwirthschaft kann sich aber nicht darüber beschweren, daß wir etwa ihrer steigenden Nothlage nicht durch Erhöhung von Staatsaufwendungen gerecht geworden seien. Schon vor meinem Eintritt in das Ministerium hat in einem Jahre eine Steigerung der Staatsaufwendungen um 100 Prozent stattgefunden. In den sieben Jahren meines Ministeriums hat noch eine prozentual stärkere Zunahme der Staatsaufwendungen stattgefunden. Wenn Sie unseren Etat mit dem anderer Staaten, beispielsweise Badens, vergleichen, so werden Sie finden, daß wir prozentual mehr für die Landwirthschaft aufwenden. Das ist auch erklärlich, denn allerdings hat die preußische Landwirthschaft ein stärkeres Bedürfniß nach Aufwendungen aus den allgemeinen Staatsmitteln als zum Beispiel die bairische. Aber wir müssen uns vor einer Sprunghaften, zu starken Erhöhung der Beihilfen hüten, da das zu unsparsamer Verwendung führen könnte. Eine allzu starke und schnelle Steigerung der Zuschüsse aus allgemeinen Staatsmitteln würde für die Landwirthschaft geradezu unzweckmäßig sein. Nur allmälig, Schritt für Schritt muß gehalten werden. Der Finanzminister hat die schwierige Aufgabe, die Staatsmittel nach dem Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit zu vertheilen. Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich für die Landwirthschaft ein zu warmes Herz hätte und ihr auf Kosten der übrigen Steuerzahler Liebesgaben zuwende. Ich bin aber der Meinung, daß unsere deutsche Landwirthschaft sowohl durch die ganze moderne Kulturentwickelung als durch die auswärtige Konkurrenz in großer Gefahr ist, und es daher berechtigt ist, für sie in erster Linie Fürsorge zu treffen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist mir nun geradezu unverständlich, daß die Gewerbe, die Industrie theilweise neidisch sehen, wenn die Landwirthschaft einmal aus Staatsmitteln stärker bedacht wird. Im Großen und Ganzen besteht doch eine Harmonie der Interessen. Wenn die Industrie heute arbeitskräftiger ist als früher, infolge besseren Kapital und Arbeiter immer mehr an sich zieht, so gereicht das freilich der Landwirthschaft zum Nachtheil, aber durch die Verbilligung des Zinsfußes, die eine Folge der kolossalen Kapitalansammlung in der Industrie ist, zieht die Landwirthschaft doch aus dem industriellen Aufschwunge auch große Vortheile. In letzter Zeit ist nun der Export der Industrieprodukte zurückgegangen. Warum? Weil die Nachfrage nach den Industrieartikeln auf dem inländischen Markt zurückgegangen ist. Da werden sich die industriellen Kreise der Einsicht nicht mehr verschließen können, welche Bedeutung für sie der inländische Markt hat. Diese Bedeutung hängt aber wesentlich von der Kaufkraft der Landwirthschaft ab. (Sehr richtig! rechts.) Daher hat die Industrie das größte Interesse daran, daß die deutsche Landwirthschaft wieder zur Blüthe kommt, denn sie ist der beste Abnehmer der Industrie. (Beifall rechts.) Solche Ansichten müssen immer im ganzen Volke verbreitet werden. Würde die Landwirthschaft dauernd in Verfall gerathen, so würde monarchische Ordnung und unser Staat selbst in Gefahr kommen. Es ist nur natürlich, daß die Regierung sich fortwährend bemüht, diese Gefahr abzuwenden. Ich erinnere nur an die vielen Sekundärbahnen, die der Staat baut, an die Centralgenossenschaftskasse, an die innere Kolonisation und das Brannweingesetz. Bei allen Gesetzen haben wir das Interesse der Landwirthschaft im Auge. Und ich hoffe, daß wir noch lange Jahrzehnte in dieser Richtung fortfahren werden. Leider sind die Schwierigkeiten bei der großen Verschuldung eines Theiles der Landwirthschaft noch immer im Wachsen. Aber wenn die Verbesserung der landwirthschaftlichen Betriebe so weiter wächst wie bisher, ist begründete Hoffnung vorhanden, daß auch die Landwirthschaft in eine befriedigende Lage kommt. (Beifall.)

Regierungskommissar Geh. Rath **Wesener**

sagt Beihilfe zur Bekämpfung der Obstschädlinge und der unwirksamen Geheimmittel zu.

Regierungskommissar Geh. Rath **Küster**

stellt eine Erhöhung der Mittel behufs Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche in Aussicht.

Abg. **Lotichius** (natl.):

Ich möchte die Aufmerksamkeit der Regierung einmal wieder auf den Schutz des Weines gegen Verfälschungen hinlenken. Wie weit sind die Verhandlungen darüber gediehen? Das landwirthschaftliche Genossenschaftswesen hat sich, darin stimme ich Herrn Crüger zu, vor Ausschreitungen zu hüten. Im Großen und Ganzen aber sind die ländlichen Genossenschaften nicht über ihre Befugnisse hinausgegangen. Sie haben sich durchaus bewährt, besonders auch die Preisbildung in gute Bahnen gelenkt.

Regierungskommissar Geheimrath **Müller:**

Ueber die Frage, wie man der Verfälschung des Weines entgegen treten solle, schweben bekanntlich Verhandlungen. Ehe sie nicht abgeschlossen sind, wird der Vorredner nicht erwarten, daß ich hier endgiltige Auskunft gebe.

Abg. **v. Wangenheim** (kons., Bund der Landwirthe):

Was man den Genossenschaften meist vorwirft, ist doch ihr Zweck! Denn sie sollen doch dem kleinen Landwirth durch Zusammenschluß den wirthschaftlichen Rückhalt geben. Die Kornsilos erfüllen sehr wohl ihren Zweck; sie verhindern wenigstens, daß die Preise für Getreide ins Ungemessene fallen. (Sehr richtig!) Die Vorwürfe gegen sie sind übertrieben und gehen von falschen Voraussetzungen aus. Mit Heiterkeit habe ich von Graf Stracbwitz gehört, daß der Bund der Landwirthe Parteien bekämpft, die zur Förderung der Landwirthschaft bereit sind. Das ist mir neu. Ich erkenne an, daß in diesen Etat Mehraufwendungen für die Landwirthschaft eingestellt sind. Die Förderung jeder produktiven Arbeit macht sich volkswirthschaftlich bald bezahlt. Am meisten bedarf die Landwirthschaft der technischen und wissenschaftlichen Hebung. Ein gutes Instrument sind die Landwirthschaftskammern, aber noch nicht ganz vollkommen. Die Angriffe der linken Seite des Hauses sind unberechtigt. Am schlimmsten wirkt der Bauernverein „Nordost“. Die Ausbildung der kleinbäuerlichen Hausfrauen ist sehr wichtig; in ihren Händen liegt die ganze innere Wirthschaft. Die Förderung der Moorkultur hat für Preußen eine ganz besondere Bedeutung. Durch die Versuchsstation in Bremen sind ganz außerordentliche Erfolge erzielt worden. Die diesjährige Besserung in der Lage der Landwirthschaft ist nur vorübergehend, ich warne deshalb die Regierung davor, in ihrem Eifer nachzulassen. (Bravo rechts.)

Landwirthschaftsminister Freiherr **v. Hammerstein:**

Wohin solle es führen, wenn der Staat, wie Abg. Richter neulich verlangte, das materielle und geistige Kapital aufgeben wollte, das in den Domänen steckt! Die Domänenpächter, die in der Landwirthschaft vielfach eine führende Rolle spielen, sind als Nichtbesitzer meist in einer besseren Lage als verschuldete Besitzer. Der Träger des Fortschritts ist im Osten der Großgrundbesitz, er muß durchaus erhalten werden. Durch die innere Kolonisation ist er nicht bedroht. Die Moorkultur schätze ich so hoch wie Herr v. Wangenheim; ich habe eine Broschüre auf den Tisch des Hauses niedergelegt, die über diese Kultur Auskunft giebt. Ich bitte, dies nützliche Buchlein fleißig zu studiren.

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.):

Unsere Begünstigung der Landwirthschaft richtet sich auf die ganze Landwirthschaft überhaupt, die rechte Seite des Hauses interessirt sich nur für den Großgrundbesitz. (Lachen rechts.) Der Abg. Richter hat nicht, wie der Landwirthschaftsminister behauptet, gesagt, der Großgrundbesitz müsse so bald wie möglich verschwinden. Er hat nur gemeint, der Domänenbesitz des Staates müsse der Allgemeinheit mehr zugänglich gemacht werden. Bis zu einem gewissen Grade halten auch wir den Großgrundbesitz für nothwendig; er darf aber keine Sondervortheile und Begünstigungen verlangen. (Lachen rechts. Rufe: Wobei?) Ich erinnere nur an die Kreistage. (Lachen rechts.) Der Landwirthschaft muß von unten herauf, durch Gründung von Schulen und Verbreitung von Bildung geholfen werden. Eine Abwehr der Seuchengefahr halten auch wir für nothwendig, aber das Gesetz wird in einer Weise ausgelegt und angewendet, die mit der Absicht der Gesetzgeber nicht im Einklang steht. Man schließt die Grenze ringsum, um die Viehpreise zu steigern. (Widerspruch und Lachen rechts.) Es ist auerkannt worden, daß die Landwirthschaft sich in verhältnißmäßig günstiger Lage befindet. Dazu haben die hohen Getreidepreise und Viehpreise beigetragen. Aber die Lage unserer verzehrenden Bevölkerung ist auf die Dauer nicht in der Lage, hohe Preise zu zahlen. Im Arbeiterbudget nimmt der Betrag für Fleisch einen geringen Theil ein, ja manche Familien müssen thatsächlich hungern. (Oho! rechts.) Graf Stracbwitz sprach gestern von der „augenblicklichen“ Nothlage der Landwirthschaft, Herr v. Hammerstein stellte heute fest, daß es augenblicklich der Landwirthschaft erträglich geht. Wer hat nun Recht? Die Handelsverträge, die Graf Stracbwitz angriff, haben den Export gesteigert, die Arbeiterlöhne erhöht und damit dem Absatz der landwirthschaftlichen Erzeugnisse genützt. Die Lage der Landwirthschaft hängt sehr stark von der Industrie ab, das läßt sich statistisch nachweisen. Die Aufhebung der Zuckersteuer haben wir schon lange verlangt. Wir haben Ihnen den gegenwärtigen Zustand alljährlich vorausgesagt. Daß etwas geschehen muß, ist selbstverständlich. Die Löhne der Arbeiter sind seit 1878 nicht so gestiegen wie die Belastung durch die Schutzzölle. Die von den Gewerkvereinen aufgenommene Statistik erweist dies unwiderleglich. (Widerspruch rechts.) Erfahrung hat mich die Entrüstung der Agrarier, als der Präsident von Westpreußen, v. Goßler, industrielle Betriebe im Osten gründen wollte. Es wurde sogar seine Abberufung verlangt. Die Industrie würde dem Osten nur Vortheil bringen. Warum sind wir denn im Westen besser daran? Die Petitionen verschiedener Magistrate betreffend die Fleischnoth sind nur allzu gerechtfertigt. Die Schweineproduktion kann der Bevölkerungszunahme nicht folgen. Ich komme zum Schluß. (Beifall rechts.) Man soll Zufriedenheit im ganzen Lande verbreiten, das wäre die patriotische Aufgabe einer wahrhaft nationalen Regierung. (Beifall links. Lachen rechts.)

Abg. **Herold** (Ctr.):

Hier suchen die Herren der Linken Unfrieden zwischen dem Groß- und Kleingrundbesitz zu säen. Sie vergessen dabei aber, daß es trotz ihres Streitens recht viele Fragen giebt, in denen die Interessen beider gemeinsam sind, und wo sie gemeinsam kämpfen müssen. (Beifall.) Denn noch heute ist die Lage außerordentlich schwierig. Ein Widerspruch zwischen dem Grafen Stracbwitz und dem Herrn v. Wangenheim besteht in dieser Frage nicht. Die Löhne sind ganz außerordentlich gestiegen. Die Domänenpachterträge gehen stetig zurück. Und das findet sich auch bei Leuten, die tüchtig und energisch wirthschaften und das nöthige Betriebskapital mitbringen. Ich begrüße es mit Freuden, daß im Etat zur Hebung der Landwirthschaft größere Summen ausgeworfen sind. Alle sogenannten kleinen Mittel können aber der Landwirthschaft nicht helfen, wenn wir keine gesetzlichen Schutzmaßregeln gegen das Ausland haben. Die Statistik beweist, daß im Jahre 1890 Fleischpreise und Viehpreise erheblich höher waren als im Jahre 1898. Damals war von Fleischnoth keine Rede. Jetzt hat man um so weniger Ursache, davon zu reden, an den Klagen ist nur die Agitation schuld. (Widerspruch links.) Die Viehhaltung ist für die Landwirthschaft kein nothwendiges Uebel, vielmehr wird durch vermehrte Viehproduktion die ganze Wirthschaft gehoben, auch die Getreideproduktion wird dadurch gesteigert. Die Ansicht meiner politischen Freunde geht dahin, daß man an den Bestimmungen der Handelsverträge nicht rütteln darf. Das wird uns aber nicht hindern, die Landwirthschaft mit allen Mitteln zu fördern. (Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. **v. Grand-Ry** (Ctr.):

Die preußische Steuerreform hat nicht die Hoffnungen bezüglich der Entlastung der landwirthschaftlichen Betriebe erfüllt. Eine Hilfe ist dringend nothwendig. Maßregeln zur Bekämpfung der Viehseuchen sind unbedingt nothwendig. Zu Sachsen und Baiern hat man bereits ein Viehseuchengesetz. Allerdings werden dem Staate dadurch nicht geringe Kosten erwachsen. Wie kann ferner das Nahrungsmittelgesetz wirksam gemacht werden? Jetzt steht das Gesetz nur auf dem Papier. Die Polizeiorgane genügen nicht zur Ausführung des Gesetzes, da sie nicht technisch ausgebildet und auch vielfach überlastet sind. Die landwirthschaftlichen Volksschulen und besonders die Haushaltsschulen müssen durch den Staat gefördert werden. Der Lehrstoff kann sehr wohl auf das beschränkt werden, was für die allgemeine Bildung unentbehrlich ist, dafür kann aber der Unterricht in der Landwirthschaft vervollkommnet und erweitert werden. Die Landwirthschaft bedarf auch ferner der staatlichen Unterstützung. (Beifall im Centrum.)

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Landwirthschaftliche Verwaltung, Forsten und Domänen.

Schluß nach 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 31. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär Tirpitz, Fürst zu Hohenlohe.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die **erste Berathung** des von den Abgg. Dr. Bachem (Ctr.) und Münch-Ferber (natl.)